

Antrag

des Abg. Daniel Lindenschmid u. a. AfD

Hausdurchsuchungen wegen Äußerungsdelikten in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Ermittlungen seit 2015 in Baden-Württemberg aufgrund von Äußerungsdelikten nach §§ 86, 86a, 90a, 130, 185 ff. bzw. 111 Strafgesetzbuch (StGB) oder verwandten Tatbeständen aufgenommen wurden (aufgeschlüsselt nach Jahr, zuständiger Staatsanwaltschaft, Tatbestand, Grund und Umfang des richterlichen Beschlusses);
2. wie viele dieser Ermittlungen, die seit 2015 in Baden-Württemberg aufgrund von Äußerungsdelikten nach §§ 86, 86a, 90a, 130, 185 ff. bzw. 111 StGB oder verwandten Tatbeständen aufgenommen wurden, auf Meldungen einer staatlichen oder staatlich geförderten Meldestelle wie „REspect!“ zurückgingen;
3. wie viele Hausdurchsuchungen seit 2015 in Baden-Württemberg aufgrund von Äußerungsdelikten nach §§ 86, 86a, 90a, 130, 185 ff. bzw. 111 StGB oder verwandten Tatbeständen angeordnet wurden (aufgeschlüsselt nach Jahr, zuständiger Staatsanwaltschaft, Tatbestand, Grund und Umfang des richterlichen Beschlusses);
4. wie viele Hausdurchsuchungen seit 2015 in Baden-Württemberg aufgrund von Äußerungsdelikten nach §§ 86, 86a, 90a, 130, 185 ff. bzw. 111 StGB oder verwandten Tatbeständen durchgeführt wurden (aufgeschlüsselt nach Jahr, zuständiger Staatsanwaltschaft, Tatbestand, Grund und Umfang des richterlichen Beschlusses);
5. wie viele der aufgrund von Äußerungsdelikten nach §§ 86, 86a, 90a, 130, 185 ff. bzw. 111 StGB oder verwandten Tatbeständen durchgeführten Hausdurchsuchungen zu einer rechtskräftigen Verurteilung geführt haben (aufgeschlüsselt nach Jahren, Tatbestand, zuständigem Gericht);
6. welche staatlichen bzw. staatlich geförderten Meldestellen wie „REspect!“ seit 2015 in Baden-Württemberg eingerichtet wurden, bei welcher Institution bzw. Organisation diese jeweils angesiedelt sind und wie viele Mitarbeiter dort tätig sind (aufgeschlüsselt nach Namen der Meldestelle, Jahr der Einrichtung, Träger, Zuwendungsgeber, Anzahl der Mitarbeiter und Höhe der jährlichen Fördersumme);
7. wie viele Meldungen zu Äußerungsdelikten nach §§ 86, 86a, 90a, 130, 185 ff. bzw. 111 StGB oder verwandten Tatbeständen bei den einzelnen Meldestellen seit 2015 (bzw. seit deren jeweiliger späterer Einrichtung) eingingen und wie viele der Meldungen jeweils an Ermittlungsbehörden weitergeleitet wurden (aufgeschlüsselt nach Meldestellen, Jahren und Art des Tatbestands);
8. mit welchen staatlichen, privaten oder staatlich geförderten Meldestellen außerhalb von Baden-Württemberg die Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg zusammenarbeiten (aufgeschlüsselt nach Namen und Sitz der Meldestellen);

9. auf welcher rechtlichen Grundlage die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwälten in Baden-Württemberg und Meldestellen wie „REspect!“ erfolgt.

10.12.2025

Lindenschmid, Scheer, Klos, Klecker, Hörner AfD

Begründung

In den vergangenen Jahren ist es in den Bundesländern wiederholt zu Durchsuchungen von Wohnungen aufgrund eines Verdachts sogenannter Äußerungsdelikte (= Kundgabedelikte, Inhaltsdelikte) – wie Verbreiten von Propagandamitteln/Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, Volksverhetzung, Beleidigung (§§ 86, 86a, 90a, 130, 185 ff. StGB bzw. § 111 StGB) – gekommen. Zuletzt berichtete die Zeitschrift Legal Tribune Online (LTO) am 24. Oktober 2025 über eine angeordnete Hausdurchsuchung beim bekannten Autor und Medienwissenschaftler Norbert Bolz in Berlin; diese wurde laut Medienberichten (Berliner Zeitung vom 23. Oktober 2025) durch eine Meldung der staatlichen hessischen Plattform „Hessen gegen Hetze“ ausgelöst.

Ähnliche Meldestellen sind in jüngerer Zeit in mehreren Bundesländern eingerichtet worden, beispielsweise die Meldestelle „REspect! im Netz“, die von der Jugendstiftung Baden-Württemberg betrieben wird, mit der Bayerischen Staatsregierung kooperiert und im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesfamilienministerium (BMBFSFJ) sowie aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) gefördert wird. Weitere Meldestellen finden sich auf den Internetseiten der zentralen staatlichen Anlaufstelle „Initiative Toleranz im Netz“.

Nach Ansicht der Antragsteller ist es für die Öffentlichkeit entscheidend, zu erfahren, wie sich in Baden-Württemberg die Anzahl der Hausdurchsuchungen wegen Äußerungsdelikten entwickelt hat und welche Rolle die Meldestellen in diesem Zusammenhang gespielt haben. Der Antrag ergänzt damit auch frühere parlamentarische Initiativen (Drucksachen 17/3025, 17/9045, 17/9047, 17/9771).